

der gewaltsam äußernden Bewegung innerhalb und zwischen den Fragmenten, die den Südsudan ausmachen.

Selbst die südsudanesische Unabhängigkeit ist kein Produkt einer langfristigen, entschlossenen Strategie. Sie entsteht fast schon reaktiv, als kontinuierliche Antwort, als Anpassung politischer Forderungen, pragmatisch. Wäre dieses politische Ziel von Anfang an so klar verfolgt worden, hätte die Forderung nach Unabhängigkeit im Zuge ihrer Umsetzung wahrscheinlich unüberwindliche strukturelle Hürden produziert. Die letztendliche klare und einheitliche Forderung nach Unabhängigkeit wird erst in die Diskussion geworfen, als faktisch alle dafür notwendigen Voraussetzungen gegeben sind. Die Kombination von strategischer Ambivalenz und Tajility kann in Hinblick auf das sprichwörtliche weberianische Politikverständnis eines langsamen Bohrens von harten Brettern auf mitunter bemerkenswerte Erfolge verweisen.

Angesichts meiner wissenschaftlichen Spezialisierung und der Natur meiner Auseinandersetzungen mit dem Südsudan kann ich mir nicht anmaßen, weitergehende soziologische Aussagen zu treffen. Doch gibt es immer wieder Hinweise darauf, dass sich nicht nur die Hybridität zwischen unterschiedlichen Lebensrealitäten, sondern auch diese strategische Ambivalenz auf subjektiver Ebene widerspiegelt. Das ist schon allein deshalb notwendig, um die unterschiedlichen Konfliktlandschaften, die ebenso die Politiken des Alltags bestimmen, bestmöglich manövrieren zu können. Es ist naheliegend, diese Qualitäten, wie erzwungen und problematisch ihre Entwicklung auch gewesen sein mag, in ihrem Potenzial für den südsudanesischen Transformationsprozess zu erkennen.

Institutionelles *Unsettlement*

Unter Umständen verwirklicht der Südsudan gerade das genaue Gegenteil der zumeist düster gezeichneten Prognosen. Da sind die Anzeichen eines möglichen ökonomischen Booms, da sind die zahlreichen privaten Initiativen, da ist unbegrenztes soziales Potenzial, das nicht unbedingt auf günstige, aber zumindest auf nicht massiv ungünstige Rahmenbedingungen wartet, um sich entfalten zu können. Der Plan, den Südsudan in den vorgegebenen Pfad einer modernen Nationalstaatsbildung zu zwingen, wird diese Rahmenbedingungen nicht verbessern. Jede historisch-institutionalistische Analyse zeigt, dass der Formierungsprozess von Nationalstaatlichkeit über-

aus gewalttätig verläuft, in allen Weltregionen. Die bisherige Geschichte der mit dem Südsudan verbundenen Prozesse der Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung legen nahe, dass hier keine Ausnahme dieser Regel vorliegt. In der gegebenen Situation scheint allein schon das Nachdenken über die Erreichbarkeit weberianischer Idealtypen von Staatlichkeit absurd.

Vielleicht ist einfach die Perspektive falsch gewählt. Vielleicht sollte der Blick kompromisslos dahin wandern zu erkennen, was funktioniert, und im Anschluss zu überlegen, wie dieser Funktionalität der beste Entfaltungsrahmen gegeben werden kann. Die Frage nach der Überwindung einer staatlichen Fragmentierung könnte der Frage weichen, wie im Unsettlement der staatlichen Fragmente Leben und Markt produktiv und erfüllend gestaltet und ermöglicht werden können. Südsudanes:innen sind gezwungen, diese Frage jeden Tag zu beantworten, allen widrigen Rahmenbedingungen zum Trotz. Und sie beantworten sie mit einem beträchtlichen Organisationsgrad und sturer Effizienz.

Die sozialen Transformationen, die sich im Südsudan vollziehen, sind ohne Zweifel fundamental und in ihrer Radikalität weltweit einzigartig. Diese Prozesse zu gestalten ist weitestgehend unmöglich. Ähnlich einem Fluss bahnen sich diese Transformationen ihren Weg. Und dieser Weg wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in einer südsudanesischen Gesellschaft münden, sondern, korrespondierend mit der sich nur in Fragmenten manifestierenden Staatlichkeit, in südsudanesischen Gesellschaften im Plural. Diese Gesellschaften mögen sich räumlich wie sozial überschneiden, funktionieren aber nicht zwangsläufig nach den gleichen institutionellen Spielregeln.

Paradoxiertweise ist die dem südsudanesischen Staat so oft zugeschriebene »Schwäche«, seine Unfähigkeit zur Organisation einer nationalen Vergesellschaftung, vielleicht seine eigentliche Stärke. Ein politisches Übereinkommen zur Nichtübereinkunft – das schon zitierte »Formalised Political Unsettlement« – könnte Voraussetzungen für eine konsequente Nichtexpansion des Staates schaffen. Der in so vielen politischen Debatten über liberaldemokratische politische Systeme als Abschreckung ins Treffen geführte schlanke Staat ist im südsudanesischen Kontext nicht nur die einzig realistische Option. Er könnte sogar produktive Rahmenbedingungen bieten.

Der südsudanesische Fragment-Staat hat paradoxe Eigenschaften. Obwohl er abgesehen von seinen konkreten Manifestationen nicht existiert, ist er dennoch viel zu groß. Ein vertiefender Blick auf die Konfliktlandschaften des Südsudan zeigt zudem, dass die Fragmente südsudanesischer Staatlichkeit im andauernden, aber gleichzeitig beständig abgerissenen und unvoll-

ständigen Versuch, sich zu materialisieren, kontinuierlich Gewalt produzieren. Diese Gewalt ist allerdings weniger eine Antwort auf nicht adressierte »Root Causes«, wie es Analysen so gern hervorheben, sondern sie hat einen primär verwaltenden Charakter.

Es geht bei dieser Gewalt nicht um das Erreichen politischer Zielsetzungen oder eine Beantwortung spezifischer »Grievances«. Zumeist geht es ebenso wenig, um den einst von Paul Collier und Anke Hoeffler (2004) in die Debatte geworfenen Antagonismus zu bemühen, um »Greed«. Oft entspringt Gewalt Disruptionen zwischen den Konfliktlandschaften, gezielten Versuchen der Erringung strategischer Vorteile durch die Ausnutzung von potenziell gewaltsamen Konflikten zwischen Gemeinschaften. Manchmal sind es schlichte Fehleinschätzungen oder unglückliche Resultate riskanter politischer Strategien. Zumeist aber ist Gewalt pragmatisch, was ihr ihre zerstörerische Dimension nicht nimmt, jedoch zeigt, dass sie keineswegs einen unabwendbaren Baustein der südsudanesischen Lebensrealitäten darstellt.

In Hinblick auf die Vermeidung bewaffneter Gewalt ist strategische Ambivalenz allerdings kein Vorteil. Die Anwendung von Gewalt wird nie aus grundsätzlichen Erwägungen ausgeschlossen sein. Der immanente politische und soziale Pragmatismus ermöglicht deren flexible Anwendung, wenn es die Umstände geboten erscheinen lassen. Versuche einer Verankerung prinzipiengeleiteter Ansätze der Gewaltvermeidung erscheinen demgegenüber als nicht vielversprechend. Derartige Versuche können verwendete Begrifflichkeiten und Sonntagsreden beeinflussen, aber sie werden letztendlich gegen die pragmatische Beziehung zu bewaffneter Gewalt nicht ankommen. Im Südsudan ist keine Revolution zu machen. Weder auf politischer Ebene – was keineswegs mögliche überraschende Regierungswechsel ausschließt – noch sozial. Die abgerissene Institutionalisierung eines Fragment-Staat gibt die dafür notwendigen strukturellen Voraussetzungen nicht her. Ohnehin verlaufen viele Prozesse der sozialen Transformation derart rasant und dynamisch, dass sie einer Revolution gar keinen konkreten Raum lassen würden. Sie könnte diese Transformationen maximal verlangsamen.

Vor diesem Hintergrund sind Überlegungen zu einem pragmatischen Gewaltmanagement unabdingbar. Schließlich »[t]here is no ›pre-war normalcy‹ to which people can aspire, just a situation of less and more predictable violence« (de Waal, 2015: 67). Eine Resilienz gegenüber Gewalt, nicht im Sinne der Lösung des Gewaltproblems, sondern im Sinne der strukturellen Erschwerung von Gewaltausübung, ist die einzige realistische Möglichkeit, die von den gegebenen sozialen Dynamiken zugelassen wird.

Hier liegt aber gleichzeitig der bedrohliche Charakter von Ideen wie Nation und sozialer Kohäsion, die immer die Karotte einer endgültigen Lösung der Gewaltfrage vor sich hertragen. Nationalstaatlichkeit hat eine ungebrochene performative Kraft. Darin liegt ihre eigentliche Bedrohung, und diese Bedrohung ist in zerrissenen Prozessen der Institutionalisierung umso massiver. Ratschläge zur Überwindung dieser performativen Kraft müssen angesichts der Kontextualität solcher Überwindungen, die in einem gegebenen Raum immer hybrid – Ebenen und Dimensionen überschreitend – und divers – soziale Grenzen überschreitend – verlaufen, unterbleiben.

Erteilt werden können solche Ratschläge wohl nur jenen, die in der Kontinuität der externen Durchdringung stehen, die ihre Aufgabe also in der Umorientierung und Neuausrichtung südsudanesischer Staatlichkeit sehen. Ihr Problem ist letzten Endes ein tiefes Misstrauen in die menschliche Innovations- und Gestaltungskraft. Planung soll spontane Konfiguration und darauf aufbauende institutionelle Transformation substituieren. Prozesse, die mit Misstrauen und Ungeduld betrachtet werden. Allzu oft nimmt Intervention damit aber dringend benötigten sozialen Raum, statt ihn bereitzustellen. »Resignation was ever the fount of [hu]man's strength and new hope. [...] life springs from ultimate resignation. Uncomplaining acceptance of the reality of society gives [hu]man indomitable courage and strength to remove all removable injustice and unfreedom.« (Polanyi, 1957: 168) Zumindest in Bezug auf das internationale Engagement im Südsudan wäre eine Hinwendung zu einer solchen produktiven und ihrem Wesen nach vertrauensvollen und optimistischen Resignation wünschenswert.

